

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribun“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seltendorf, Neu-Jahrbrau, Weisklein, Wallegiersdorf.

**Anzeigenspreis:** Die 10gespaltene Mittelzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Befehrs- und Bekanntmachungen 5 Goldpfennig. — Kollonnenpreis: Die Mittelzeile 3 gelinien ober deren Raum im Text 50 Goldpfennig

Freitag, 19. Dezember 1924.

**Bezugspreis:** Der wochentlich 5maligen Erscheinen monatlich — Ein wochentlich 10 Mal, durch Straenabl. u. Abste. 10 Pf. Abontion und Expedition Breslau, Krasnitzer Strae 60. — Postkollon Breslau Nr. 44. — Fernsprecher: Breslau 110 987

## 3000 Arbeitlose Breslaus demonstrieren

### Erster Breslauer Massenaufmarsch seit dem Februar 1924.

Das erstmal seit dem Februar dieses Jahres sind die Breslauer Erwerbslosen auf die Strae gezogen, haben ihr Elend zur Schau gestellt, haben um ihr Recht zum Leben demonstriert.

Vor der Demonstration fand eine überfüllte Versammlung im Schiewerder statt. Die Erwerbslosen verlangten:

**Aushändigung einer Weihnachtsgabe in bar, nicht in Lebensmitteln.**

(10 Mark für jeden Erwerbslosen, 5 Mark für die Frau, 5 Mark für jedes Kind.)

**Aushändigung dieser Gabe an alle Erwerbslosen, (auch an die Notstandsarbeiter, Wohlfahrtsempfanger und Armen.)**

**Vortfall der Beschränkung der Versicherungspflicht für Unterstützungsempfänger.**

Aus der Mitte der Versammlung heraus wurde eine Demonstration der Erwerbslosen gefördert. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In endlosem Zuge zogen wohlgeordnet die Erwerbslosen zum Wohlfahrtsamt.

Wieder sah man, wie schon zu Wilhelms Zeiten, die alten zahlreichen Spitzelgesichter, ein Heer von Schupoeamtens und rings um den Zug und im Zuge die Stue der deutschen Republik, die Kriminalpolizei. Die schneidigen Polizeioffiziere führen bidwamlig, provozierend, im Auto mitten durch den Zug der Hungerleider.

Alles waren ausgehungerte, in Lumpen gehüllte Gestalten, die den Zug bildeten. Stumm und geduldig, zu geduldig, harrten sie vor dem Wohlfahrtsamt auf den Bescheid, den ihre Kommission bringen sollte.

Ein Genosse sprach im Namen der KPD zu den Erwerbslosen, versprach ihnen unter dem Beifall der Masse die Unterstützung unserer Partei in dem Kampfe für ihre gerechten Forderungen, wie in allen ihren Kämpfen.

Schlielich kam die Kommission zurück. Die Erwerbslosen wurden mit leeren Versprechungen abgeseift: „wahrscheinlich“ gebe es 10 Mark bzw. 5 Mark in bar.

Dann ging der Zug zum Regierungsgebäude. Die Kommission der Erwerbslosen verlangte die Abschaffung der Vierteljahrsversicherung, die die Erwerbslosen besonders drückt. Das wurde erreicht.

Mag auch die Demonstration keine sichtbaren Erfolge erzielt haben, sie hat den Erwerbslosen mehr genutzt, als alle Scheinantrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die ihre eigenen Parteigenossen abkommandieren, damit die weitergehenden Forderungen der Kommunisten unter den Tisch fallen.

Dies eine Demonstration der Erwerbslosen hat brutaler das Elend der Arbeitlosen vor der ganzen Bevölkerung Breslaus enthüllt, als die schönsten Reden und Leitartikel.

Diese eine Demonstration hat den staatlichen Organen und der Bourgeoisie wirksamer die Macht der Erwerbslosen, der Arbeiterkassette vor Augen geführt, als der Ruhhandel der SPD und Bürgerlichen Parteien im Stadtverordnetenrat über die Forderungen der Erwerbslosen.

Nur wenn die Erwerbslosen auf dem Wege fortschreiten und nicht mullig, trufflos und stumm in ihre Eckduckel zu-

## Neue unerhörte Zuchthausurteile gegen kommunistische Arbeiter.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Dezember.

Am 17. Dezember begann vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ein Proze gegen sieben Melenburger Arbeiter, die beschuldigt werden, sich Sprengstoff beschafft zu haben. Die Angeklagten führen die damalige schlechte Lage der Arbeiterschaft und das Anwachsen der Konterrevolution als Grund für ihre Handlung an. Sie wollten lediglich ihren Interessen dienen, um nicht völlig zu verhungern.

Das Gericht, dem drei Sozialdemokraten angehören, fällte folgendes Urteil:

Wohme 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, Schimmel 3 Jahre Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, Mundt 3 Jahre Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, Jank 2 Jahre Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, Eggers 2 Jahre Zuchthaus und 100 M. Geldstrafe, Jäger 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus, Bethke 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 50 M. Geldstrafe.

Obgleich der gestohlene Sprengstoff aus Waggons stammte, die nach Bayern transportiert werden sollten und obgleich die Sprengstoffmengen sehr gering waren und in keiner Weise zur Anwendung gebracht wurden, sind solche unerhörte Urteile gefällt worden. Jagow, der Hunderte Arbeiter mit Maschinengewehren und Handgranaten niedermachen lie, wird aus seiner „Ehrenhaft“ vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert entlassen. Auf der anderen Seite fliegen Arbeiter, die die Republik im vorigen Oktober gegen die Reaktion verteidigen wollten, auf mehrere Jahre ins Zuchthaus. Täglich wächst die Zahl der Opfer der deutschen Blutjustiz. Über eines Tages werden die Angeklagten und Verurteilten die Richter sein.

Vergeht die Angehörigen der proletarischen Kämpfer nicht und zeichnet „Rote Hilfe“!

## Löbe, Rach und Zimmer.

Zwei Wochen hat die „Volkswacht“ gebraucht, bis sie den Mut fand, den Namen des Sozialdemokraten Rach in ihrem Blatte wenigstens zu erwähnen. Aber noch immer wagt sie es weder, den Rach-Standal zuzugeben, noch, ihn abzulugnen.

Wir fragen deshalb noch einmal vor dem Forum der Arbeiterkassette:

1. Ist es wahr, da der sozialdemokratische Stadtrat, Mitglied der Bezirksleitung der SPD, Schlessen und der Kreis-Kommission der „Volkswacht“, Geschäftsleiter des Breslauer Gewerkschaftshauses, „Genosse“ Rach Ausichtsrat im Bürgerlichen Brauhaus und in der Lunaparc-Milch-Gesellschaft ist?

2. Ist es wahr, da das Bürgerliche Brauhaus der Bierlieferant des Gewerkschaftshauses ist, da das Gewerkschaftshaus in Schulden erstickt, da die Bierpreise nicht herabgerugelt werden und da Rach sich weigert, trotz dieser belastenden Zusammenhänge, einen schriftlichen Geschäftsbereich über den Stand des Gewerkschaftshauses zu geben?

3. Ist es wahr, da die Geschäfte des Herrn Frey, eines Unternehmers und Sozialdemokraten, des Schwiegersohnes von Rach, mit den Geldern der Sparkasse des Gewerkschaftshauses finanziert wurden?

Wir wissen, da auch dieses Mal die „Volkswacht“ keine Antwort bringen wird. Denn sie darf nichts zugeben und sie kann nichts ablugnen. Auch Löbe, der Ehrenmann, wird keine Antwort finden. Denn er ist der Verbundene der Rach und Konforten.

Was führt die „Volkswacht“ zugunsten Lobes an? — „Er hat sich mehr für die Gefangenen eingesetzt als alle Kommunisten zusammen.“ Diesen Schwindel widerlegt schon die Antwort von Max Hol; an Paul Löbe, in der Genosse Hel; gegen den Mibrauch seines Namens durch Löbe protestiert. Paul Löbe und die „Volkswacht“ haben diesen Protest von Max Hol; bis heute unterdrückt und werden ihn weiter unterdrücken. Man kann von Ehrenmannern a la Löbe nichts Besseres verlangen.

Vielleicht erregt der Dritte im Bunde, der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer, auf Verlangen seiner Parteikassette Rach und Löbe wieder einmal zu dem altbewährten Mittel des Verbots der „Schlesischen Arbeiterzeitung“. Denn das ist die einzige Antwort, die diese Herren auf unsere Anfragen zu geben wollen.

## Hausdurchsuchungen in Remscheid.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Dezember.

Im Gebäude des Brgers der „Bergischen Volkskassette“ waren gestern 8 in Remscheid die sechsmal unser Parteigebude als einrigle durchsucht. Man suchte den Herausgeber der Hausmarx-Broschüre. Da man ihn nicht fand, wurden die Bücher von Ernst Friedrich „Richtig dem Kriege“ beschlagnahmt.

## Zwolfstundentag auf den Gruben.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Dezember.

Auf den rheinisch-preussischen Zechen ist die Arbeitszeit neu reguliert worden. Sie beträgt jetzt 8 Stunden unter Tage und 12 Stunden über Tage. Dieses Arbeitszeitgesetz ist vom Zechenverband und den vier Gewerkschaften unterschrieben worden. Die Ueberarbeit wird nicht als Ueberstunden ausgerechnet, sondern gilt als kontraktliche Arbeitszeit.

Die rheinisch-preussischen Zechen haben den Vorsto gemacht. Die vier Gewerkschaften sind kampflos zurückgewichen, sie haben sich mit der Regelung von acht und zwölf Stunden zufrieden gegeben. Die Bergkumpels sind verraten und verkauft worden.

Wir sehen deutlich an der Manahme der Zechenverwaltung, da der Angriff des Kapitals auf alle Erwerbslosen der Arbeiterklasse fortgesetzt wird. Erst 6 1/2 Stunden unter Tage, dann 7 Stunden, jetzt 8 Stunden. Erst 8 Stunden über Tage, dann 10 Stunden, jetzt 12 Stunden. Ganz langsam wird die Arbeiterkassette mit Hilfe der Gewerkschaften zu Fronksklaven gemacht.

Zwolfstundentag ist der beste Vorkabau. Im Ruhrgebiet in Oberschlesien und jetzt im Waldenburger Gebiet werden die Kumpels nieder geschlagen. Die Bergarbeiterverbande hätten die Pflicht, eine Kampfesfront über ganz Deutschland zu schaffen, um den Unternehmern richtig entgegenzutreten zu können.

## Der Schiedsspruch für das Ruhrgebiet verbindlich.

Der Zwangsschiedsspruch für das Ruhrgebiet, der in vielen Positionen selbst hinter dem abgelehnten Spruch im November zurückbleibt, ist jetzt auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers von Amts wegen für verbindlich erklärt. Damit ist also amtlich ein Zustand sanktioniert worden, der statt der geförderten 20prozentigen Lohnerhöhung den Bergarbeitern kaum eine dreizehnte Lohnerhöhung bringt. Es ist interessant festzustellen, da die reformistischen Bergarbeiterfuhrer, die zur Zeit der Einleitung der Lohnbewegung auerst radikale Lone gegenüber der Regierung und den Zechengewaltigen antragten, sich die Fänger wurden schreiben, um die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedspruches herbeizuführen. Die Bergarbeiter mögen daran ersehen, was sie von den praherlichen Versprechungen ihrer reformistischen Gewerkschaftsführer zu halten haben und aus dieser Lohnbewegung, über die hoffentlich das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, die Lehre ziehen, da ihre Lage nur durch ruckichtslosen Kampf gegen die Unternehmer verbessert werden kann. Stärkung der Organisation, Befestigung der reformistischen Führer, Herbeiführung der einheitlichen Kampffront, das mu die Aufgabe der Bergarbeiter, mu ihre Antwort auf diesen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums und der Gewerkschaftsbundgen sein.

## Der Dawesplan.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Dezember.

In Arnberg in Westfalen sind auf einer Kohlegrube 250 Arbeiter zum 1. Januar gekündigt worden. Weitere Entlassungen haben auf allen Gruben be-

## Bürgerliche und SPD. verhindern Amnestie.

Die gestrige Sitzung des sächsischen Landtages.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 19. Dezember.

Gestern tagte der Sächsische Landtag und befate sich mit den Amnestieantragen der Kommunisten. Die Linke SPD hatte ebenfalls Anträge zur Amnestie eingereicht, unter anderem wollen sie sofortige Freilassung des Dr. Feigener. Es war interessant zu beobachten, da die rechte SPD gegen den Antrag ihrer linken Fraktionsgenossen stimmte. Der sächsische Justizminister wandte sich scharf gegen jegliche Amnestie und trat warm dafür ein, da bei noch Vergehen gegen den § 218 (Abtreibung) in Zukunft noch härter bestraft werden müssen. Der Antrag der Kommunisten auf sofortige Befreiung in der Amnestiefrage wurde von allen Parteien, einschlielich der Sozialdemokraten, abgelehnt.

Nachdem der Sozialdemokrat Ebert Herrn Jagow entlassen hat, dürfte man annehmen, da sich die Sozialdemokraten doch auch wenigstens für die proletarischen Gefangenen einsetzen werden. Wie die Sitzung des Sächsischen Landtages beweist, denkt kein Mensch, auer den Kommunisten, an die wirkliche Amnestierung der proletarischen Gefangenen.

## Der Haarmanbroze.

In der gestrigen Verhandlung beantragte der Oberstaatsanwalt in Leipzig gegen den Komploten Haarmanns Grans wegen Aufstuhung zum Morde die Todesstrafe. Als Haarman den Antrag vernahm, brach er darüber in Weinen aus, während Grans den Antrag mit kaltem Gesichtsausdruck entgegennahm. Der Verteidiger von Grans, Rechtsanwalt Lohpe, plädierte auf Freisprechung. Haarman erhebt gegen das letzte Wort, wobei man ihm groe Erregung anmerkte. Er führte aus, da er das Vertrauen zur Menschheit verloren gehabt habe. Grans erklärte noch einmal, da er unschuldig sei. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück, das Urteil wird Freitag vormittag 10 Uhr verkündet werden.

## Die englischen Gewerkschaftsführer in Berlin.

Die englische Gewerkschaftsdelegation, die einige Wochen in Russland weilte und Verhandlungen über die Einheit der Gewerkschaften führte, ist gestern vormittag in Berlin eingetroffen. Einige hundert Arbeiter hatten sich auf dem Bahnhof versammelt. Purcell begrute die Arbeiter in einer Rede, in der er betonte, da die gewerkschaftlichen Gegensätze beseitigt werden müssen, damit der Generalangriff auf den Kapitalismus bestunnen kann. Von Elliot sprach über Sowjetruland. Er sagte, da dort eine wirklich lebendige Demokratie herrscht und brachte die Beweise dafür am Abend des russischen Volkes. Ein Arbeitervertreter Berlins hielt eine kurze Ansprache, in der er auch die Umgeleit der Gewerkschaftsbewegung betonte.

Jam Empfang der englischen Delegation hatte sich auf ein zahlreiches Aufgebot von Chups des Herrn Sozialdemokraten Richter eingestellt. Die englischen Gewerkschaftsvertreter haben also gleich die deutsche Demokratie kennen gelernt. Sie machten entzugliche Bemerkungen und Förderungen.



# Wels und Roste als Denunzianten.

Im „Vorwärts“ vom 17. d. hat General Witsberg unter Eid ausgesagt, daß die SPD während des Krieges die Verhaftung von Rosa Luxemburg veranlaßt habe. Der „Vorwärts“ bestreitet diese Angabe und legt in ihr einen neuen Beweis deutschnationalen und kommunistischen Zusammenhanges.

Ich möchte daher die „Vorwärts“-Redaktion auffordern, den Jahrgang 1916 der von Roste und Seilmann redigierten „Chemischer Volksstimme“ nachzuschlagen. Im Juni und Juli 1916 wurden dort wiederholt öffentlich Rosa Luxemburg und ich des Landesverrats bezichtigt mit der wiederum öffentlich gedruckten Begründung, daß wir illegale Flugblätter und Zettel vertrieben. Diesen Denunziationen von Roste und Seilmann folgte prompt die Verhaftung von Rosa Luxemburg am 10. Juli 1916, die von mir etwa zwei Wochen später.

Wenn Roste und Seilmann, ohne daran vom SPD-Vorstand gehindert zu werden, wiederholt öffentlich denunzieren konnten, weshalb sollte nicht der Parteivorstand das auch insgeheim selbst getan oder veranlaßt haben?

Ich erwarte also mit Vergnügen eine neue Selbstdenunziation der Herren Roste, Seilmann, Ebert, Wels und Nonnen. Ich werde dabei gern mit weiterem Material über die Denunziationstätigkeit der SPD und das Zusammenwirken von Militärbehörden und SPD während des Krieges aufwarten. Berlin, den 17. Dezember 1924.

Ernst Meyer.

# Noch ein Augenzeuge für den Verrat der Oberpartei.

Auf die Aufforderung unseres hannoverschen Parteiblattes, daß sich alle jene melden sollen, die die Rede Eberts aus Anlaß des Januarstreits 1918 im Treptower Park gehört haben, erhält das Blatt den nachstehenden Brief:

Braunschweig, den 14. Dezember 1924.

Werte Genossen!

Vom November 1918 bis Januar 1919 war ich als Soldat zum Arbeiten nach der Artillerie-Werkstatt beurlaubt. Dort beteiligte ich mich an dem Januarstreit und nahm auch an der Versammlung im Treptower Park teil. Ich stand in der Nähe Eberts. Als er mittelste, daß die SPD in die Streikleitung eingetreten sei, wurde ihm aus der Versammlung zugerufen: Das wird auch Zeit! Ich weiß auch, daß ihm der in dem Ebert-Brosch erwähnte Zettel hinaufgereicht wurde und daß er aufforderte, einem Stellungsbescheid keine Folge zu leisten. Dieser Aufforderung entsann ich mich aus dem Grunde noch besonders, weil ich selbst die Absicht hatte, bei einem etwaigen Stellungsbescheid schamlos zu werden. Eigentümlich berührte es mich, daß, als Dittmann erst kurze Zeit gesprochen hatte, sich einige Bolschewisten schon einen Weg durch die Menge bahnten und Dittmann verhafteten. Erst längere Zeit nachdem, als ich sah, welche Verkäufersrolle die SPD in der Arbeiterbewegung spielte, kam ich zu der Überzeugung, daß diese Verhaftung auf Veranlassung der SPD erfolgte und der erwähnte Zettel das Zeichen für Ebert war, seine Rede zu beenden.

gez. Fritz Siemens, Braunschweig, Wendenring 17 ptr.

# Die Stipendiaten Wilhelm II.

Die kaiserliche Regierung gewährte in den Jahren 1917 und 1918 aus den Mitteln des Reiches besondere Subventionen für Schriftsteller, die patriotische Artikel schrieben. Viele bürgerliche Journalisten bezogen diese Gelder, aber auch sozialdemokratische Schriftsteller ließen sich von Wilhelm II. die Taschen füllen. Die durchschnittlichen Zuwendungen schwankten zwischen 300 und 1000 Mark monatlich.

Wir fragen Herrn Seilmann, Mitglied der SPD, Aufsichtsrat im Barmark-Konzern und Abgeordneter des Preussischen Landtages, ob er nicht auch durch Vermittlung des Herrn Cuno, des späteren Chefredakteurs der DZf., 16 bis 18 Monate lang aus diesem Fonds, den Herr Nicolai, Kriegspressechef, verwaltete, gespeist wurde?

# Verchwörer und Revolutionäre

Zagebuchaufzeichnungen von M. KAWLOSKI. Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

48)

Wir fanden ihn krank in schwerem Fieber. Er sah leidend aus, seine bleichen Lippen trampften sich zusammen, ehe er sie mit einem großen Willensanstrengen dazu zwang, die Worte von sich zu geben, welche er ihnen anvertraut hatte. Seine Hände waren glühend heiß.

„Ihr müßt wählen“, sprach Jelaboff. „Beides läßt sich nicht zugleich ausführen!“

Nichtso! Ich richtete mich plötzlich auf, konnte sich aber nicht aufrecht halten. Er drückte Jelaboff an sich und flüsterte:

„Doch dir nur die Hand nicht errittert! Ich bleibe hier, hier ist mir wohl, was soll ich draußen? Nur Nachrichten müßt ihr mir ab und zu bringen!“

Er verlor die Besinnung. Tief erschüttert versetzen wir das Gefängnis.

Am nächsten Tage begleitete ich Jelaboff zu einem Stillsitzen. Ich verabschiedete mich und lebte wie, als ich plötzlich vor Schreck wie angebannert stehen blieb. Vor dem Haus der ersten ein Schlagmannssohn, aus alten Eiden und Wälschen kranken Söhnen und Agenten, sie waren alle so erzogen, daß keiner von ihnen mich erkannte, der Agent Vogel streifte mich am Arm, ohne mich des Blicks zu würdigen, er lief auf das Haus zu. Bis heute ist es mir unklar geblieben, warum man mich nicht auf der Straße verhaftet hatte.

Es mag eine ganze Weile vergangen sein, ehe ich bemerkte, daß ein verdächtiges Individuum mich beobachtete. Ich entfernte mich langsam, um nicht durch Schnelligkeit Verdacht zu erregen. Alles schien mir verloren. Die Verhaftung Jelaboffs war ein tödlicher Schlag.

Ich ging zu Sonja. Sie war allein. Als ich ihr sagen wollte: Tante ist verhaftet! bemerkte ich mich nach der anderen Seite zu blicken. Sie setzte sich. Im Zimmer war kein Licht. Ich hörte sie auch nicht weinen, und doch fühlte ich die Tränen über ihre Wangen rinnen. Noch einiger Zeit erhob sie sich

# Die Lumpen der „Vollmacht“-Redaktion.

Die „Vollmacht“ vertritt sich unter der Überschrift „Ein Arbeiterblatt“. Wenn ich in der Schenkerzeit eines Dresdener Kommunisten in der „Vollmacht“ an dem etwa 50 Jahren alten, da unter auch Realisierer, teilgenommen hätte.

Wir erklären hiermit in aller Öffentlichkeit, daß diese Meldung eine unerbittliche Verleumdung ist. Kein einziger Kommunist hat sich jemals im Savoy-Hotel aufgehalten, geschweige denn dort: Ge: age veranstaltet.

Wir erklären den Verfasser dieser Verleumdung in aller Öffentlichkeit für einen Lumpen und fordern die „Vollmacht“-Redaktion auf, den Namen des angeblichen Kommunistenführers zu nennen. Wir legen schon heute voraus, daß sie den Namen nicht nennen wird, weil ein solcher Kommunist nicht existiert.

Wir erklären in aller Öffentlichkeit den Chefredakteur Götze der „Vollmacht“, der solche Verleumdungen in sein Blatt aufnimmt, als einen Ehrabschneider und Lügner.

# Soldatenmishandlungen in Schwelbitz?

Als eine Abteilung Reichswehr in der Grenaderlaserne zum Dienst antrat, erstarrte plötzlich in einer Mannschaftsstube ein Soldat und man fand dort den zu dieser Abteilung gehörenden Oberleutnant Hermann Bogt erschossen auf. Es ist dieses innerhalb eines Jahres bereits der dritte Selbstmord eines Soldaten bei der Schwelbitz- u. g. Reichswehr.

Wir glauben nicht sehr zu geben, wenn wir behaupten, daß unter den Schwelbitz- Reichswehrsoldaten und Unteroffizieren Elemente sein müßten, die durch Schändliches und brutales Verhalten die Soldaten zur Verzweiflung und damit in den Tod treiben. Vor dem Kriege waren bei dem preussischen Kommiss solche Selbstmorde keine Seltenheit. Der Offiziersbestand der Reichswehr ist nun überwiegend aus alten alben Offizieren zusammen, die einen Kadavergehoram erziehen wollen, so daß solche Selbstmorde darin ihre Ursachen haben.

Bei der russischen Roten Armee gibt es keine Selbstmorde. Erst besteht ein entgegengegesetztes kameradschaftliches Verhältnis zwischen Offizier und Soldat, ein Verhältnis freiwilliger Einigkeit. Dort ist der Soldat auch Mensch, hier gilt er als ein Stück Vieh.

Wir fordern alle Reichswehrsoldaten auf, uns über die Zustände in der Kaserne zu berichten. Wir werden bei der Veröffentlichung ihren Namen nennen, um die Schreiber nicht zu gefährden.

# Im Hungerstreik.

Der Genosse F. Dolin Buntch, der sich auf Grund einer der vielen Spitz- Denunziationen des Hilfsorgans Diener der württembergischen Justiz seit sieben Monaten in Untersuchungshaft in Gumbachburg befindet, ist in den Hungerstreik getreten. Genosse Buntch will durch seinen Verzweiflungsschritt erzwingen, daß ihm endlich die Anklageschrift zugestellt oder aber er aus der Haft entlassen wird.

# Keine Aufwertung!

Die Wahl ist vorbei. Jetzt heißt es aufräumen mit allen Sittlichen. Minister Seevering teilt mit, daß alle Aufwertungsbegehre der Sparassensvorsände und Kommunalverwalter rechtswidrig sind, bis die Regierung entschieden habe. Wie diese Entscheidung ausfallen wird, wissen wir schon heute.

# Die Regierungspolitik der SPD.

Die „Schlechte Bergwacht“ vertritt in ihrem Leitartikel die inerte, lüthige Lässigkeit der vergangenen Regierung, während sie ihre Außenpolitik ausdrücklich billigt. Mit dieser nachträglichen Mißbilligung kann die „Bergwacht“ nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die SPD, diese Regierung von ihrer Geburt bis zu ihrem Tode gestützt hat, also die Mitverantwortung für ihre Taten trägt. Man kann nicht Innen- und Außenpolitik künstlich voneinander trennen. Was nützen die schönen Worte über die Außenpolitik, wenn die innerpolitischen Folgen dieser Außenpolitik für die Arbeiter Elend und Unterdrückung bedeuten? Die Sozialdemokratie hat im alten Reiches inner- und außenpolitisch kapitalistische Politik getrieben sie wird es im neuen ebenso tun.

Ein drastischer Strafbrecher, erfunden von dem Engländer Compara, wurde in Berlin vorgeführt. Die Erfindung, mag sie noch so bedeutend sein, wird natürlich im kapitalistischen System nur den Kapitalisten, nicht den Arbeitern zugute kommen.

# Die Lage auf dem schlesischen Arbeitsmarktes.

Neue Verhängung der Krise in allen Industriezweigen. Breslau, 19. Dezember.

In der letzten Woche ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitslage in Nieder- und Oberschlesien eingetreten. Nach der amtlichen Bekanntmachung ist die Zahl der Arbeitssuchenden von 27321 auf 28502 gestiegen. Diese Zahl umfaßt natürlich bei weitem nicht die wirkliche Zahl der Arbeitslosen.

Die hauptsächlichsten Entlassungen wurden im Bau- gewerbe, in den Zuckerraffinerien und Eisenbahn- werkstätten gefällig.

In der Metallindustrie in Breslau ist die Arbeitslage nach wie vor unklar. Die Zahl der Erwerbslosen in der Metallindustrie hat sich besonders in Oels erhöht.

Die Lage im Spinnstoffgewerbe ist unverändert.

In den Zuckerraffinerien Breslau, Lüben, Olegny, Neumarkt, Bauer, Brieg, Bahndorf fanden weitere Entlassungen statt. Die Firma Haselbach arbeitet nur noch 4 Tage in der Woche. In Breslau ist die Zahl der Erwerbslosen in der Bekleidungsindustrie gestiegen. Für kaufmännische Angestellte ist die Arbeitslage weiterhin äußerst ungünstig.

In Oberschlesien ist eine weitere Verschlechterung der Arbeitslage, besonders in der Metallindustrie, zu verzeichnen. Die Eisenbahn-Bedarfs-A. G. hat wiederum etwa 60 Arbeiter „beurlaubt“. Der Kohlenmarkt Oberschlesiens hat sich in der Berichtswoge wenig verändert.

Alles in allem, zeigt sich in der schlesischen Industrie eine weitere Verschlechterung der Arbeitslage. Es besteht keine Aussicht, daß die Krise der Industrien überwunden wird. Mit weiteren Entlassungen wird in der kommenden Woche gerechnet.

# Aus der Partei

## Brandler, Thalheimer und der Trozkismus.

Die Genossen Brandler und Thalheimer überfanden uns eine Erklärung, in der sie sich gegen den Vorwurf, Trozkisten zu sein, verwahren. Sie hätten schon gegen Trozki gekämpft, als die heutigen Demokraten noch auf seinen Trozki gestanden hätten.

Infolge Raummangels waren wir leider nicht in der Lage, auf die wichtige Trozki-Debatte einzugehen. Zu der Erklärung der Genossen Brandler und Thalheimer nur folgendes:

In der kommunistischen Partei sind die früheren Verdienste von Genossen kein Grund, ihre gegenwärtigen Fehler zu verzeihen. Der Vorwurf, den Trozkismus zu unterstützen, bezieht sich auf die Stellung der Genossen Brandler und Thalheimer zum deutschen Oktober und die Fehler ihrer Politik in den Jahren vorher, die zur Oktoberniederlage geführt haben. Die schärfsten Angriffe der Genossen Brandler und Thalheimer gegen Trozki schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie im Oktober praktisch den Trozkschlager in Russland unterstützten, genau wie umgekehrt die Trozkschlager die Brandlerianer unterstützten, und daß die Brandlerianer nur sehr zögernd und zögernd zur Frage der russischen Opposition Stellung nahmen.

Solange die Genossen Brandler, Thalheimer und ihre Anhänger die Fehler ihrer Politik nicht einsehen und abstellen, solange sie in ihrer Stellung zur Frage der Rolle der SPD und der SPD, des Wesens und Klasseninhalts des Staates und der Organisierung der Revolution, verharren, werden sie, ob sie es wollen oder nicht, praktisch Bundesgenossen Trozki bleiben.

# Ausland.

## Arbeitslosenkonferenz in Wien.

(Eigene Drahtberichte)

Wien, 19. Dezember.

Am 17. Dezember wurde in Wien eine Arbeitslosenkonferenz für ganz Österreich eröffnet. Anwesend waren 24 Delegierte der SPÖ und 18 Delegierte der KPÖ, außerdem eine große Anzahl Vertreter von Betrieben. Die SPÖ hatte offiziell verbolien die Konferenz zu beistehen. Darüber herrscht große Enttäuschung bei den sozialdemokratischen Erwerbslosen. Die Konferenz stellt unannehmliche Forderungen an die Regierung und erklärte: Sollten die Forderungen der Erwerbslosen nicht erfüllt werden, so würde die Bourgeoisie wahrscheinlich traurige Weisheiten erleben.

## Englische Flottendemonstration gegen Sowjetrußland.

Die englische Presse kündigt eine Flottendemonstration in der Ostsee in naher Zukunft an. Die Flotte wird die Randstaaten, die Basken Englands, besuchen und sie ermutigen, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzusetzen.

„Übermorgen ist ja unser Tag!“, sagte sie. Im selben Augenblick wurde Jelaboff im Polizeidepartement erkannt.

„Sie sind Jelaboff!“, triumphierte man.

„Ja, Dienen!“, antwortete er. „Es wird Ihnen jedoch nicht viel helfen.“

Die letzte Nacht. Wir waren dabei die Bomben herzustellen. Die Verhaftung Jelaboffs, die Notwendigkeit neuer Vorsichtsmaßnahmen und tausend andere Dinge, die man erledigen mußte, hatten viel Zeit verschlungen. Es war tief Nacht, als wir uns an die Arbeit machten. Wir saßen gebückt um einen Tisch. Eine unwürdige Bewegung, eine Kleinigkeit konnte uns das Leben kosten. Es war die zweite Nacht, die ich schlaflos zubachte. Gegen ein Uhr fiel mein Blick auf ein Stück Zeitung, in das irgend etwas eingewickelt gewesen war. Mein Blick lag auf — es war ein polnisches Blatt — als mir folgende Zeilen auffielen: „Oskar Kowalski, nachdem er 64 Jahre gelebt...“ An dem Abschnitt war kein Datum zu finden, aber die Zeitung war alt. Kein Vater... und meine Gedanken errannten in dem Schmerz.

„Ich habe euch schon zehnmal um die Form gebeten!“, rief mich die Perowska an. „Was ist euch?“

Ich sah ihr das Papier hin, da aber fiel mir ein, daß sie die polnische Sprache nicht verstand. Ich sagte es. Man wollte mich abhören, aber ich blieb aus Angst vor dem Schmerz bei der Arbeit, bis ich ohnmächtig wurde. Ich erwachte erst gegen Morgen. Man beachtete gerade die dritte Bombe. Die Perowska war ruhig und sah wie eine Statue. Zwischen ihren Brauen hatten die letzten Tage eine tiefe Falte gezogen.

Es war zehn Uhr, als sie aufstand und die Bomben vorzüglich in ihre Handtasche legte.

Ich ging hinter ihr herans. Ich machte auf der Sabowaja warten, um das Zeichen zu geben, wenn der Wagen kam.

Ich begegnete Hryniewiedzi, er war ruhig und lächelte mir zu.

Es waren nur die letzten schrecklichen Stunden. Unsere Herzen waren bis ans Äußerste gespannt.

Endlich endlich kam die Nachricht, daß der Jar die Rückfahrt angetreten habe.

Langsam, unendlich lange Minuten. Eine neue Nachricht.

„Er kommt nicht die Sabowaja entlang! Ich lief in dieser Richtung auf den Zekaterinen-Kanal. Ich achtete nicht mehr auf die Gefahr.“

Der Wagen fuhr an mir vorbei. Ich bildete hinter mich Bon fern sah ich die Equipage kommen. Ich blieb stehen, und sah die Perowska an der Ecke blak, ihre Augen waren in die andere Straße gerichtet. Ich sah sie ihr Taschentuch aus der Nase nehmen.

Der Wagen bog um die Ecke. Die Perowska kam auf mich zu. Sie ging als wollte sie sich nicht umblicken. Ein dumpfer Donner erschütterte die Luft.

Dann verging eine lange Weile. Ein Offizier raste im Galopp vorbei, darauf ein zweiter. „Es ist nichts zu hören“, sagte die Perowska, „als erster stand Kysatoff.“

Da erschütterte uns ein zweiter Knall. „Das ist Kysatoff“, sagte sie. So nannten wir Hryniewiedzi. Der Schmittler hatte genug kaltes Blut bewahrt. Er hatte die Entfernung abgeschätzt und die Bombe zwischen sich und den Fahren geschleudert. Aus der durch Kysatoffs Bombe vollständig zertrümmerten Equipage war der Jar umverkehrt herausgekommen. Erst Hryniewiedzi hatte ihm das Tor zum Jenseits geöffnet.

Ich ging neben Sonja her... Die Straße entlang jagte ein Offizier ohne Mühe und sah i: er end etwas.

„Ja Liebe“, flüsterte Sonja. Aus ihren Augen traten Tränen.

Wir gelangten endlich in die Wohnung, hier warteten außer schon sichere Nachrichten. Der Jar war tot oder tödlich verletzt. Hryniewiedzi war tot, Kysatoff verhaftet. Nach einigen Stunden hatte das Winterpalais Halbmaße geflaggt.

Die ganze Stadt aber ergriff feige Furcht vor dem Mut, der in ihren Mauern eine Tat vollbracht hatte. Man rief allerdings nichts: „Es lebe der Jar!“ Die Gemüter zeigten vielfach eine verstaubte Zufriedenheit, keine Trauer, aber alles überwanderte die Angst. Das elbaste Bürgertum kroch zu dem Toten und entschuldigte sich: ich bin's nicht gewesen. Der tote Jar lastete aber der Stadt. Man bangte: er kann nicht verzeihen, er wird gerächt werden müssen — ist im Ball Blut genug um die Tat abzuwaschen? (Fortsetzung folgt.)



# Wirtschaftliche Rundschau

## Die Wirtschaftslage Frankreichs

### Vor dem Kriege.

K. M. Frankreichs Stellung in der Weltwirtschaft beruhte vor dem Kriege auf seiner Stellung als Lieferant hochwertiger Produkte der Landwirtschaft (Wein) und der Industrie (Textil- und Modewaren), sowie als Bezugs- und Kapitalmarkt für europäische und außereuropäische Staaten. Der französische Emissionsmarkt war wesentlich gekennzeichnet durch die Anlage französischen Geldkapitals in ausländischen Unternehmungen und fremden Anleihen. Durch die Zinszahlungen war Frankreich in die Lage versetzt, eine Einfuhr zu bestreiten, die die Ausfuhr wesentlich überstieg.

Die Industrie war überwiegend Mittelindustrie und erst der Krieg gab einen mächtigen Antrieb zur Förderung der Schwerindustrie. Der Anschluß Elsaß-Lothringens brachte Frankreich in den Besitz der bedeutendsten Schwerindustrie des Kontinents. Heute verfügt es über die Hälfte der Eisenerzreserven Europas und ist nach den Vereinigten Staaten das eisenerzreichste Land der Welt. Ebenso gab der Versailler Friedensvertrag Frankreich die Verfügung über die mächtige lothringische Roheisen- und Stahlindustrie, so daß seine Produktionsfähigkeit für diese Produkte von 5 und 45 Millionen Tonnen auf 11 und 10 Millionen Tonnen stieg. Der elassische Kalifreudum machte Frankreich zu einem entscheidenden Kaliproduzenten und die elassische Textilindustrie vermehrte die Zahl der französischen Spindeln um 1796 200 und die Zahl der Webstühle um 45 258.

### Einige Produktionsziffern.

Aber diese Angaben kennzeichnen noch nicht die ökonomische Situation, in der sich Frankreich heute befindet. Vielmehr ergibt sich diese erst aus der Beobachtung der tatsächlichen Produktionsziffern. Dabei zeigt sich zunächst, daß die Konjunktur in Frankreich relativ gut ist, jedenfalls besser als in allen anderen europäischen Ländern.

Es gibt dort kaum eine nennenswerte Zahl von Arbeitslosen. Vielmehr herrscht Mangel an Arbeitskräften, da auch die Zuwanderung ausländischer Arbeiter aus Belgien und Polen nicht ausreicht ist, um diesem Zustand abzuhelfen. Trotzdem also alle Arbeiter Beschäftigung haben, ist ihre Lage durchaus sehr schlecht. Die Teuerung in Frankreich ist groß; der Kleinhandelsindex, berechnet für den Pariser Markt, betrug Ende August 366, Ende Oktober 383. Die Steigerung der Preise, die sich seitdem fortgesetzt hat, führte zu großen Lohnbewegungen und Streiks, wie jetzt zu dem großen Streik der elassischen Kaliarbeiter.

### Nun zu den Produktionsziffern:

Die elassische Kaliförderung ist während des 3. Quartals 1924 beträchtlich gestiegen: von 207 860 t im 2. Quartal auf 241 851 t. Ebenso hat sich der Absatz ins Ausland unter dem Einfluß des deutsch-französischen Kalialtkommens vermehrt.

Als ebenso günstig erscheint die Lage der

### Textilindustrie.

Die einen besonderen Aufschwung im Frühjahr erlebte, hervorgerufen durch den Frankenschurz. Wenn auch seitdem die Bestellungen aus dem Ausland nachgelassen haben, sind noch die meisten Werke voll beschäftigt.

### Auch die Produktionsdaten der ausschlaggebenden Schwerindustrie.

der Eisen- und Stahlindustrie, zeigen eine stetige Tendenz zur Erhöhung der Produktion. Trotzdem aber ergibt sich hier, daß die Produktionsfähigkeit höchstens zu 75 Prozent ausgenutzt wird. Die Roheisenproduktion, die im Monatsdurchschnitt 1913 (mit Lothringen) 750 000 t betrug, erzielte im Oktober eine Höhe von 659 926 t. Es sind also die Produktionsmöglichkeiten von 1913 noch nicht erreicht. Die Stahlerzeugung, die im Monatsdurchschnitt 1913 582 000 t betrug, überstieg im Oktober die Friedensproduktion um über 20 000 t und erreichte 609 000 t. Da aber die Produktionsfähigkeit der französischen Stahlindustrie jetzt mindestens 800 000 t beträgt, scheinen die Möglichkeiten nur zu 75 Prozent ausgenutzt.

Die Schwierigkeiten, mit denen die französische Schwerindustrie zu kämpfen hat, liegen im Problem der

### Brennstoffversorgung

und noch mehr in der Frage des Absatzes für die erweiterte Industrie.

Während Frankreich in der Beschaffung von Kohle nicht auf Deutschland angewiesen ist und im übrigen die Kohle sich häufig durch Petroleumprodukte ersetzen läßt (die Kriegsmarine auf Oelfeuerung umgestellt), hängen die französischen Hochöfen fast völlig von der Versorgung mit dem hochwertigen rheinisch-westfälischen Koks ab. Wie die französische Eisenindustrie durch die deutschen Reparationslieferungen sich diesen Koks beschafft, ist bekannt. Aber immerhin erscheint dadurch die Koksversorgung nicht hinreichend gesichert und so hat sich in letzter Zeit eine Reihe von französischen Unternehmungen an deutschen Werken unmittelbar beteiligt. Erwähnt sei nur die Beteiligung der „Société des Acieries de Longwy“ an der Gewerkschaft „Karl-Alexander“ in Bilsweiler und der Erwerb des Eisen- und Kohlenwerkes „Gelsenkirchen“ bei Aachen durch ein französisches Konsortium, bestehend aus Schneider, de Wendel usw.

### Das internationale Eisen- und Stahl-Kartell.

Im wesentlichen aber leidet die französische Industrie nicht am Kohlemangel, sondern es fehlen ihr die Absatzmärkte. Frankreich verfügt über Eisenerzreserven weit über seine eigene Verarbeitungsmöglichkeit hinaus und die Produktion der erweiterten Eisen- und Stahlindustrie kann jetzt nur noch zu 50 Prozent vom französischen Markt aufgenommen werden, so daß der Rest exportiert werden muß. Hier ergeben sich nun große Schwierigkeiten in der beschränkten Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes und der Konkurrenz der amerikanischen, belgischen, englischen und deutschen Industrie. Diese Verhältnisse drängen zu einer Verständigung der Schwerindustrie. Nach dem „Matin“ nähern sich die in Paris besonnenen und in Köln fortgesetzten Verhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustriellen, ausgehend von dem Problem der Verteilung von Kohle und Eisen zwischen den beteiligten Hauptproduktionsländern des Kontinents mehr und mehr dem Gedanken einer ganz Europa umfassenden Verständigung über Produktion und Verteilung der Absatzmärkte. Als unmittelbares Ziel der Verhandlungen wird erstrebt („Frankf. Ztg.“ Nr. 915):

1. Internationale Regelung der Produktion und des Absatzes für die Erzeugnisse der Montanindustrie.
2. Französische Konzessionen für die Erzeugnisse der deutschen eisenverarbeitenden Industrie.
3. Die Ausschaltung der freien Konkurrenz der französischen Industrie auf dem deutschen Markt auf Grund eines Abkommens, wonach die deutsche Schwerindustrie sich verpflichtet, jährlich ein gewisses Kontingent von Roheisen

und Stahl abzunehmen gegen den Verzicht der französischen Produzenten, direkt an den deutschen Verbraucher zu liefern.

Die Ausführung des letzten Punktes ist so gedacht, daß das lothringische Eisen den Weg zum deutschen Verbraucher über das deutsche Syndikat geht und von diesem wie das deutsche Eisen auf dem Markt vertrieben wird.

### Imperialistische Appelle.

Aber diese Kartellbildung, die unmittelbar eine Machtsteigerung der Schwerindustrie bedeutet, ändert nichts daran, daß die französische Industrie nur einen Teil ihrer Kapazität ausnützen kann (das Kartell organisiert nur die Produktionsseinschränkung), es sei denn, daß die französische Industrie es fertig bringt, sich durch Erschließung der bisherigen und den Erwerb neuer Kolonien sich neue zusätzliche Eisenverbraucher zu schaffen. Aus diesem Bestreben erklärt sich die erhöhte Intensität der kolonialen Bestrebungen in Frankreich in der Gegenwart.

Das kommt jetzt sehr klar zum Ausdruck: Am Beginn der englisch-ägyptischen Krise mußte es auffallen, daß ein Teil der französischen Blätter eine sehr erregte Sprache über die „brutalen Gewalttaten“ der Engländer am Nil führten. Und der „Daily Express“ stellte fest, daß geheimnisvolle Kräfte in Frankreich es darauf abgesehen haben müßten, Schwierigkeiten in der „Regelung“ der englisch-ägyptischen Angelegenheiten zu schaffen. Warum aber? Wollte etwa Frankreich den Ägyptern helfen? Nein, es galt, den Engländern plausibel zu machen, daß es für Frankreich etwas tun müsse, wenn umgekehrt Frankreich England freie Hand in Ägypten gewähre. Und worauf es dabei ankam, geht deutlich aus den Unterredungen Herriots mit dem englischen Botschafter in Paris, Lord Crewe, und dann mit dem englischen Außenminister Chamberlain hervor: Frankreich läßt England freie Hand in Ägypten und fordert selbst für sich freien Spielraum bei der „Erledigung“ der Marokkofrage, wo England auch eigene Interessen hatte. Diese Konzession hat Chamberlain tatsächlich Herriot gemacht.

Der naheliegendste Weg zur Steigerung des Inlandabsatzes für die französische Schwerindustrie wäre allerdings die Förderung einer starken eigenen Fertigungsindustrie. Diese hat zwar seit Kriegsbeginn einen starken Antrieb erhalten, aber ihrem Ausbau stellen sich Schwierigkeiten entgegen in einer Tatsache, die die ökonomische Schwäche Frankreichs zeigt: in der Kapitalflucht. Diese Tatsache führt uns zur Untersuchung der finanziellen Lage Frankreichs.

### Vom Gläubiger zum Schuldnerstaat.

Frankreich, vor dem Kriege ein mächtiges Gläubigerland, ist heute eines der stärksten verschuldeten Länder der Welt. Allein seine äußere Schuld beträgt 400 Milliarden Franken.

Die ungeheure finanzielle Belastung führte zu dem gewaltigen Milliardendefizit im Budget des laufenden Finanzjahres

und schließlich zum Frankenschurz. Die französische Regierung mußte sich an Morgan um Hilfe wenden. Dieser Stützpunkt des Übergewichts des amerikanischen Finanzkapitals zum Ausdruck brachte.

Gleichzeitig mußten die Steuern gewaltig erhöht werden. Diese Erhöhung traf in erster Linie die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum. Entfielen doch von den öffentlichen Staatseinnahmen im September 1924, die sich auf insgesamt 1924 Millionen Franken beliefen, nur 394,2 Millionen auf direkte Steuern und 1498,7 Millionen auf indirekte Steuern und Monopoleinnahmen. Gleichwohl aber führte die Steuererhöhung in der Folge zu einem Kampf zwischen dem Kapitalisten (Einzelkapitalisten) und dem Fiskus (kollektiven Kapitalisten), und wo der Einzelkapitalist merkte, daß er den Kürzeren ziehen würde, schickte er sein Geld ins Ausland. An erklärt sich die Kapitalflucht in Frankreich, die auch fort zu der Erscheinung der Kapitalknappheit führt.

Die finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs werden in der Zukunft nicht geringer werden. Bei den jetzt stattfindenden englisch-amerikanischen Forderungenverhandlungen hat es sich gezeigt, daß Amerika nicht daran denkt, auch nur einen Teil der Schuld zu streichen. Daneben meldet nun auch England seine Ansprüche an mit der Begründung, daß, wenn Frankreich an Amerika zahlen könnte, es auch seine englische Schuld fundieren müßte.

Diesen finanziellen Schwierigkeiten sah sich die Regierung Herriot bei der Aufstellung des neuen Budgets für das Jahr 1925 gegenüber. Sie hatte in der Wahlzeit eine „gerechte Steuerreform“ versprochen. Aber das neue Budget blieb durchaus bei dem alten Steuersystem mit dem ungeheuren Übergewicht der Verbrauchsteuern. Denn die erste Nachricht von einer etwaigen Vermögenssteuer beantwortete die Börse mit einer derartigen Panik, daß Herriot diese Nachricht sofort dementierte.

Der Finanzminister Clémentel hatte gesagt, daß das neue Budget der Anleihewirtschaft ein Ende bereiten würde. Wie es damit steht, ergibt sich aus der Tatsache, daß trotzdem dieses Budget die Ausgabe von 7 Milliarden Franken Schatzanweisungen für Wiederaufbauzwecke vorsieht. Ferner sah sich die Regierung genötigt, entgegen der Formel Clémentels von „ausgeglichenen Etat“ eine Innendarlehen aufzuliegen, deren Betrag wohl an 7 Milliarden Franken herangehen wird. Und schließlich mußte aus Gründen der Frankenschuldenwiederum Herr Morgan in Anspruch genommen werden, der der französischen Regierung bereitwillig weitere 100 Millionen Dollar Kredit zur Verfügung gestellt hat, während gleichzeitig amerikanisches Finanzkapital (Bankers Trust Company) durch einen Kredit von 20 Millionen Dollar sich an der Paris-Lyon-Mediterranée-Eisenbahngesellschaft beteiligt.

So versinkt Frankreich immer mehr in der Anleihewirtschaft und teilt das Schicksal Deutschlands, indem auch es in den Machtbereich der amerikanischen Imperialismus einbezogen wird.

## Amtlicher und proletarischer Index

F.W. Einige Mitglieder der Reichsindex-Kommission haben an ihrem Geldbeutel gemerkt, daß der Woche für Woche veröffentlichte Reichsindex der Lebenshaltung nicht mit der tatsächlichen Preisentwicklung übereinstimmt. Auf Grund angestellter Stichproben wurde festgestellt, daß die Entwicklung der Kleinhandelspreise einerseits und die Entwicklung der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten in Deutschland mehr als erhebliche Differenzen aufweist. So wird augenblicklich in Deutschland eine Bewegung geführt, die sich eine Reform in der Berechnung des Reichsindex zum Ziel gesetzt hat. Aller Voraussicht nach wird sie aber wie das Hornberger Schießen auslaufen.

Nehmen wir ein Beispiel für die Vertuschung der Preissteigerungen durch das Statistische Reichsamt. In der Zeit der größten Preissteigerung wies die nachstehend angeführten Großhandels-Indexziffern folgende Entwicklung auf:

	Juli	Oktober	Steigerung
Getreide, Kartoffeln	82,2	124,6	51 Prozent
Fleisch, Fett, Fische, Zucker	114,2	148,4	30 Prozent
Lebensmittel überhaupt	96,5	133,0	38 Prozent
dagegen der Reichsindex	122,0	126,0	3,3 Prozent

Daß im dritten Vierteljahr 1924 die Kleinhandelspreise nur um etwas über 3 Prozent, die Großhandelspreise dagegen um 33 Prozent gestiegen sind, das glaubt wohl selbst kein Mitglied der Reichsindexkommission.

Aber selbst amtliche Stellen untereinander weisen in der Berechnung von Indexziffern erhebliche Differenzen auf. Die vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Eildienstmeldungen über die Teuerung in 72 Orten Deutschlands gestatten in den größeren Orten einen Vergleich mit den dort vorhandenen kommunalen statistischen Aemtern. Vergleichen wir zum Beispiel für die Stadtgemeinde Berlin die vom Berliner Statistischen Amt errechnete Teuerungszahl mit den in den Eildienstmeldungen angegebenen Teuerungszahlen des Statistischen Reichsamts, dann ergibt sich folgendes Bild. Die Teuerungszahl beträgt (in Mark)

	nach den Eildienst- meldungen	nach den Berliner Berechnungen
24. März 1924	87,37	93,87
9. Juli 1924	99,60	105,97
6. August 1924	97,40	105,24
27. August 1924	96,90	108,22
10. September 1924	99,20	110,06
1. Oktober 1924	102,40	117,14

Der eine berechnet dies und der andere das: in den Tarifämtern aber werden mit diesen „Indexziffern“ alle Anträge der Arbeiterschaft auf Lohnerhöhung abgewürgt.

Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, haben wir in der „Roten Fahne“ vom 4. Dezember in dem Artikel „40 Prozent Preissteigerung nachgewiesen. Da, wie erwähnt, das Berliner

proletarische Existenzminimum leider erst seit September berechnet wird, kommen in ihm die großen Preissteigerungen in den Monaten Juli und August nicht zum Ausdruck. Aber auch noch die Entwicklung des Preisniveaus im September, Oktober und November läßt vielsagende Schlüsse auf den Wert amtlicher Indexziffern zu. Die Preissteigerungen in der letzten Periode sind in der Reichsindexziffer nämlich genau so wenig richtig zum Ausdruck gekommen, wie im Juli und August. Wir führen die Waren an, die für die Erhöhung unserer proletarischen Indexziffer ausschlaggebend waren. Es kosteten:

	September	Oktober	November
Vollmilch (Liter)	32	35	37
Eier (Stück)	15	17	20
Butter (Pfund)	230	240	250
Brot (Kilo)	28	36	38
Schweinefleisch (Pfund)	130	140	140
Schweinespeck (Pfund)	160	170	180
Leberwurst (Pfund)	120	140	150

Außerdem waren in geringerem Maße an der Steigerung unseres Existenzminimums beteiligt die Preise für Margarine, Schweißschiff und einige Hülsenfrüchte. Die Gruppe Ernährung unseres Berliner Index enthält an Gemüsen nur Rotkohl und Mohrrüben, die in der Berichtsperiode Preisabschläge aufzuweisen hatten. Es kosteten:

	September	Oktober	November
Mohrrüben (Kilogramm)	20	15	
Rotkohl (Kilogramm)	16	13	

Im November fiel außerdem noch der Preis für Zucker um 4 Pf. Alle diese Preisverschiebungen sind in dem von uns berechneten proletarischen Existenzminimum zum Ausdruck gekommen, dessen Teuerungszahl mit der vom christlichen Gewerkschaftsbund errechneten Ziffer übrigens fast genau übereinstimmt. Auch diese Ziffer war aufgebaut auf die tatsächlichen Verhältnisse und nicht in irgend einer Amtsstube zusammenphantasiert.

Inzwischen ist nun folgende Entwicklung bemerkenswert. Die Großhandelspreise haben ihren höchsten Stand überschritten und bröckeln langsam ab. Die Kleinhandelspreise dagegen haben noch immer die Tendenz zum Steigen. Nehmen wir die für unsere Berechnung ausschlaggebenden Großhandelsindexziffern:

	7 Okt.	21 Okt.	5 Nov.	18 Nov.
Getreide, Kartoffeln	124,6	119,5	109,5	112,5
Fett, Zucker, Fische, Fleisch	148,4	146,8	143,5	143,1
Lebensmittel insgesamt	133,0	129,1	121,5	123,4

Diese Entwicklung ist im Berliner Kleinhandelspreisniveau keineswegs zum Ausdruck gekommen. Die Preise behalten ihren hohen Stand bei, im Gegenteil, durch die Weltmarktskonjunktur sind dauernd neue Preissteigerungen zu verzeichnen.

Auch das proletarische Existenzminimum entspricht nicht der Wirklichkeit. Aber seine Unwirklichkeit ist ganz verschieden von der des amtlichen Index. Diese beruht auf Schwindelzahlen im Interesse des Unternehmertums. Jene, die Unwirklichkeit des proletarischen Existenzminimums ist nur der Ausdruck für die Wirklichkeit der Hungerlöhne der arbeitenden Massen unter dem Dawes-Regiment. Die Arbeiter müssen die Unwirklichkeit des proletarischen Existenzminimums aufheben, indem sie in den Gewerkschaften und im Betrieb für die Verwirklichung der Friedensreallohn kämpfen.

### Das proletarische Existenzminimum der Woche vom 8. bis 16. Dezember beträgt

**67,21 Mark**

gegen

57,16 Mark in der Woche vom 30. Nov. bis 7. Dez.

Gestiegen ist der Butterpreis.



# Die nächsten Aufgaben der „Rote Hilfe“-Organisation.

Vom Zentralkomitee der „Rote Hilfe“ Deutschlands wird uns geschrieben:

Durch die Reichstagswahl ist in den meisten Bezirken die Arbeit für die „Rote Hilfe“ organisatorisch unterbrochen worden. Das Verstumme muß jetzt nachgeholt und vor allen das gewonnene Terrain ausgebaut werden. Es erübrigt sich, irgend ein Wort über die Notwendigkeit der „Rote Hilfe“ zu verlieren. Das ist in Anbetracht des immer mehr zunehmenden Justizterrors und bei der Vielzahl seiner Opfer vollkommen überflüssig. Jetzt kommt es vor allen Dingen darauf an, die unterbrochene Organisationsarbeit überall mit dem größten Eifer wieder in Angriff zu nehmen.

Was ist bisher das Ziel unserer Arbeit gewesen und was ist bisher erreicht worden? In bezug auf die Organisationsarbeit ist bisher nur propagandistisch gearbeitet worden. Durch die Presse, durch öffentliche Versammlungen und durch unsere Veranstaltungen verfuhr wir, der Arbeiterschaft klar zu machen, wie notwendig eine festgefügte Organisation ist, um die Aufgaben der „Rote Hilfe“ zu erfüllen. Die Propaganda erstreckte sich auf die Bildung von Mitgliedschaften durch Gewinnung einzelner Mitglieder, durch die Bildung von Orts- und Bezirkskomitees, durch korporative Anschlüsse der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen und durch Übernahme von Patenschaften. In einzelnen Bezirken ist dabei schon sehr viel erreicht worden.

Die „Rote Hilfe“ ist auf dem Wege, eine Massenorganisation aller Arbeiter ohne Parteiunterschied zu werden. Jetzt geht es aber, die Früchte der propagandistischen Tätigkeit organisatorisch zu festigen und weiter auszubauen.

Den ersten Schritt hierzu leitete die Reichskonferenz der „Rote Hilfe“-Arbeiter Deutschlands, die Ende Oktober d. Js. stattfand. Auf dieser Konferenz wurde das Organisationsstatut über „Rote Hilfe“ angenommen und dadurch eine endgültige Grundlage für die zukünftige Arbeit gegeben. Dieses Statut lautet:

## Statuten der „Rote Hilfe“ Deutschlands.

### § 1

Die „Rote Hilfe“ Deutschlands ist eine überparteiliche Hilfsorganisation zur Unterstützung

- a) der proletarischen Klassenkämpfer, die wegen einer aus politischen Gründen begangenen Handlung oder wegen ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen sind;
- b) der Frauen und Kinder von inhaftierten, gefangenen oder inaktiven Klassenkämpfern des Proletariats.

### § 2

Mitglied der „Rote Hilfe“ kann jeder werden, der den Zweck der „Rote Hilfe“ anerkennt und regelmäßig Mitgliedsbeiträge zahlt. Proletarische Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Sportorganisationen sowie die Besatzschaften von Betrieben können die Mitgliedschaft gegen Zahlung eines regelmäßigen Beitrages korporativ erwerben.

### § 3

Die „Rote Hilfe“ baut ihre Organisation nach Wirtschaftsbezirken auf. Die Grundlage der Organisation bilden die Ortsgruppen, die ihre Hauptstelle in den Betrieben haben sollen. Zur Erledigung der propagandistischen und organisatorischen Aufgaben wird in jeder Ortsgruppe ein Ortskomitee gewählt, das sich aus den Vertretern der Einzelmitglieder und den angeschlossenen Betrieben, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, Genossenschaften, Kultur- und Sportorganisationen, Internationale Arbeiter-Hilfe usw. zusammensetzt. Die Wahl, die in der Mitgliederversammlung erfolgt, unterliegt der Bestätigung der Bezirkskomitees.

### § 4

Die Ortsgruppen der „Rote Hilfe“ eines Bezirks bilden den Bezirksverband und unterliegen dem Bezirkskomitee. Das auf einer Bezirkskonferenz aus den Vertretern der Ortsgruppen einschließlich der angeschlossenen Betriebe und Organisationen gewählt wird. Die Wahl unterliegt der Bestätigung durch das Zentralkomitee, dem das Recht zusteht, einzelne Mitglieder des Bezirkskomitees ihres Postens zu entheben.

### § 5

Die Leitung der gesamten propagandistischen und organisatorischen Arbeit der „Rote Hilfe“ liegt in den Händen des Zentralkomitees, das aus Vertretern der Vorstände der angeschlossenen Organisationen besteht.

Das Zentralkomitee bestimmt allein die Art und den Umfang der Unterstützungen. Alle Einnahmen und Ausgaben in den Ortsgruppen sind durch die Bezirkskomitees mit dem Zentralkomitee zu verrechnen.

### § 6

Zur Kontrolle der Kassenführung der Orts-, Bezirks- und des Zentralkomitees, Revisionskommissionen zu ernennen, die die Kassen mindestens monatlich einmal zu prüfen und über das Ergebnis zu berichten haben. Die Revisionen haben sich auch auf die organisatorische Arbeit (Mitgliederverzeichnisse, Unterstützungsfälle) zu erstrecken.

### § 7

Der wöchentliche Mindestbeitrag für vollbeschäftigte Mitglieder beträgt 10 Pfennig, für nicht vollbeschäftigte Mitglieder 10 Pfennig im Monat. Wirtschaftlich besser stehende Mitglieder haben höhere Beiträge zu leisten. Der Beitrag der in domänen angeschlossenen Organisationen und Besatzschaften unterliegt besonderen Bestimmungen. Er soll jedoch mindestens im Monat 5 Mark für das erste laufende Mitglieder oder Arbeiter und für jedes weitere laufende 1 Mark betragen. Der Beitrag der Organisationen entbindet deren Mitglieder aber nicht von der Verpflichtung, als Einzelmitglieder der „Rote Hilfe“ Beiträge zu leisten.

### § 8

Die Unterstützung besteht in der Gewährung von Rechtshilfe, barem Gelde, Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Unterstützung der Kinder in Kinderheimen. Ferner in der Pflege der geistigen Verbindung der Arbeiterschaft mit den Gefangenen und ihren Angehörigen (Patenschaften) in der Versorgung mit Literatur, außerdem in dem ständigen öffentlichen Wort an Erleichterung, Entschädigung und Erlaß der Strafe (Amnestie). Ein Recht auf Recht und Gewährung von Unterstützung steht den Unterstützungsempfängern nicht zu.

Die „Rote Hilfe“ hat sich also somit ihre Organisationsstruktur gegeben. Wie jede andere Arbeiterorganisation hat die „Rote Hilfe“ ihre Organisation auf dem Boden des revolutionär-gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes gestellt. Jetzt

gilt es nun, durch eine planmäßige Arbeit die Organisation aufzubauen. Die Hauptaufgabe liegt in der Gewinnung von Einzelmitgliedern.

Diese Mitglieder müssen örtlich wie betriebsweise zu festen Organisationen zusammengefaßt werden.

Das Hauptgewicht ist jetzt auf einen gut arbeitenden Funktionärapparat zu legen. Neben dem Propagandaleiter, dem Berichtsführer, dem Literaturführer ist in erster Linie der regelmäßigen Kassierung der Mitgliederbeiträge Beachtung zu schenken. Ein gut ausgebautes Netz von Unterfassern muß in jeder Ortsgruppe und in jedem Betrieb geschaffen werden. Arbeiter, welche die Mitgliedschaft zur Organisation erworben haben, müssen durch die Unterfasser in ständigem, innigen Kontakt mit der Organisation leben. Mindestens monatlich einmal sind Mitglieder-Veranstaltungen anzulegen. An diesen Versammlungen müssen auch die korporativen Mitgliedschaften oder ihre gewählten Delegierten teilnehmen. Aufgabe der Mitglieder-Veranstaltung ist es nun, neben der Besprechung der organisatorischen Fragen hauptsächlich die Propagandarbeit zu erlebigen. In den Versammlungen ist regelmäßig Bericht über das Wirken des Justizterrors in Deutschland und in anderen kapitalistischen Ländern zu erstatten.

Um eine lebendige Verbindung mit den gefangenen Klassen-genossen und ihren Angehörigen herzustellen, muß die Übernahme von Patenschaften über bestimmte Strafanstalten oder über die Opfer eines Prozesses und vor allen Dingen ihrer Angehörigen geregelt werden. Das Ortskomitee der „Rote Hilfe“ hat der Mitgliedschaft entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Neben der Gewinnung von Einzelmitgliedern ist der Anschluß von korporativen Mitgliedern an die „Rote Hilfe“ eine der wichtigsten organisatorischen Aufgaben. Nur durch eine zielbewusste Arbeit der einzelnen Mitglieder in den Gewerkschaften, Genossenschaften, der Genoss.-Lern- und den Sportvereinen und sonstigen Arbeiterorganisationen, natürlich nicht zu vergessen die Großbetriebe, kann dieses Ziel erreicht werden. Das Thema der Klassenjustiz in der Ebert-Republik der ständige Hinweis auf die Plage der praktischen Solidarität mit den Opfern des Justizterrors muß in jeder Versammlung der genannten Arbeiterorganisationen auf die Tagesordnung ge-

setzt werden, um dadurch den korporativen Anschluß zur „Rote Hilfe“ zu erröhen. Den korporativen Mitgliedschaften ist mindestens monatlich einmal vom örtlichen Komitee der „Rote Hilfe“ ein schriftlicher Bericht über die Tätigkeit der „Rote Hilfe“-Arbeit und dem Umfang der Justizoffensive zu erstatten. Durch entsprechende Beschlüsse in den korporativen Mitgliedschaften an die Spitze der Arbeiterorganisationen und die Kommunal-, Landes- und Reichsbehörden ist der Kampf für die Amnestierung der politisch Inhaftierten zu forcieren.

Außer der regelmäßigen Zahlung von Mitgliedsbeiträgen und freiwilligen Sammlungen für die „Rote Hilfe“ kommt am praktischsten die Solidarität der Arbeiterschaft mit den politischen Gefangenen durch die Übernahme sogenannter Patenschaften zum Ausbruch.

Hat ein Betrieb oder eine Arbeiterorganisation eine Patenschaft übernommen, so verpflichtet sich diese zur regelmäßigen moralischen und materiellen Sorge für ihre Schützlinge. Das bedeutet also, daß die Patenschaften mit den Gefangenen und ihren Angehörigen in schriftlichen Verkehr treten. Bei besonderen Anlässen sollen die Patenschaften eine außerordentliche Unterstützung durchführen.

Die russischen Arbeiter und Bauern sind gerade in dieser Frage wieder einmal vorbildlich für die gesamte Arbeiterklasse der Welt. Dort sind die Arbeiter, die die Patenschaften der Arbeiterschaft übernommen haben, in Deutschland durchgeführt worden. Es empfiehlt sich, wenn ein Großbetrieb eine Patenschaft über eine Strafanstalt übernimmt, daß sie sich nach dem Namen der Strafanstalt benennt. In Berlin die „Knoorr-Bremse“ übernimmt die Strafanstalt Eberburg; die „Wandererwerke“ in Chemnitz das Justizhaus „Waldbheim“ in Sachsen; die badische „Lili-Works“ in Ludwigshafen die Strafanstalt Freiburg in Baden.

Das Aufgabengebiet, welches der „Rote Hilfe“ gestellt ist, ist groß. Aber diese großen Aufgaben müssen im Interesse der religiösen Opfer der Klassenjustiz erfüllt werden.

Ans Werk, Genossen! Es gilt, das Werk der Klassenjustiz durchzuführen und den Kampf für die Generalamnestie auf die breiteste Grundlage zu stellen!

# Sozialdemokratisch-bürgerl. Verwaltungsstandal.

## Ungeheure Korruption in der preussischen Domänenverwaltung.

Von Karl Schulz.

Der preussische Staat hat in seinem Domänenbesitz einen sehr erheblichen Vermögensfonds. Nahe 275 000 Hektar — das sind 1100 000 Morgen — umfassen die Staatsdomänen Preussens. Dieser Besitz, es wird hier abgesehen von dem umfangreichen staatlichen Forstbesitz, wie auch von 5300 Hektar umfassen den Besitz der Eisenwerke (Steyerwerke) zerfällt in 937 sogenannte Domänenpachtwerke, die in 117 Einzelabteilungen an Domänenpächter vergeben sind. Die Pachtdauer ist in der Regel für 18 Jahre vereinbart. Beim Ablauf der Pachtzeit werden die Verträge seit altersher fast ohne Ausnahme erneut auf 18 Jahre abgeschlossen. In dem Kreis der „alten bewährten Domänenpächter“, die alle waischicht schwarz-weiß-rote Monarchisten sind, kann so leicht kein „ungeeignetes Element“ eindringen. So wars von jeher und zu Zeiten des Vollblutagrariats von Bobbelski, so ist es im wesentlichen

auch unter dem Sozialdemokraten Otto Braun, dem nachkommenden preussischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und gegenwärtigen Vizepräsidenten Preussens geblieben. Dr. Wendorf, der in der preussischen Revolution seit Dezember 1921 das Landwirtschaftsministerium als Vertreter der Demokraten verwaltete, ließ keine „bewährten Domänenpächter“ nicht wider heftig, als Herr von Bobbelski und der Sozialist Otto Braun. Von seinen Vorgängern unterscheidet er sich höchstens durch einen stark ausgeprägten Siedlerjähmergeist, der er sich die Paris viel kleine Siedler jähmerlich genug empfunden haben. Die meisten und größten Domänen liegen im ostelbischen Gebiet Preussens, in Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien. Da durchweg die

Staatsdomänen in den Händen von Realitäten sind, so bedeutet das in der Praxis des politischen Lebens eine außerordentliche Störung der ökonomischen und politischen Macht der großagrarischen Reaktion.

Die Domänen, nach einem Auspruch von Braun, der „wertvollste Staatsbesitz“, sind zu Pachtzwecken verpachtet, bis in weitesten Kreisen Empörung anzusetzen müssen.

Im Jahre 1920 betragen die durchschnittlichen Domänenpachtgebote im Staatsgebiet pro Hektar 45 Mark. In Ostpreußen gar nur 22 Mark für einen Hektar, also 550 Mark für den Morgen. In Pommern 31 Mark pro Hektar,

ebenso in Schlesien, etwa 30 Mark pro Hektar, ebenso in den Regierungsbezirken Frankfurt a. O., Potsdam usw.

Bei Weiterentwicklung an Ihre Beamten und Arbeiter von den Domänen der Eisenwerke und des Reiches, dem sie selbst dem Staat zehren.

In der geringen Domänenzahl ist übrigens stets die Jagdverwaltung für den Pächter mit eingeschlossen, dergleichen Realitäten sind. Was kann so einem Domänenpächter und erhaltenden Staatsgewalt kennenzulernen? Sollte nicht? O nein! Dagegen besteht eine Organisation, der preussische Domänenpächter-Verband, wenn nicht einmal Gefahr im Verzuge war. Denn stets kommen die Pächter aus einem gewissen Kreislauf, der stets auf den alten Pächter der Domänen verweist. Mit reaktionärer und bewährter Unerschütterlichkeit geht das der Domänenpächter-Verband in einer Eingabe an Regierung und Landtag zu.

Aber das war 1920 und früher. Niemand von der großen Majorität konnte den so „herzlich bewährten“ Realitäten auf den Staatsbesitz ihr berufliches Dasein. Doch Ziel wurde, davon viel Geld — wenn auch wenig Ehre — sollte den Domänenpächtern zu allen Stufen und Comragie gehen den bekannten Hesel an — das auch Silberding später so trefflich reichte — und

• das Justizministerium der Pächter begann

Die Staatsdomänenpächter kommen sich vor wie Hans im Glück: raufen sie die Preise und zu mathematischen Witzigkeiten schwanden die Pachtzinsen. Mahnte die Regierung — im Landtag gepöbeln von den Kommunisten — die Pächter höflich, verächtlich und schäme. ... um etwas höhere Pachtzinsen, „bewährten“ sich die eblen Pächter nicht nur als „treue Staatsdiener“, sondern mehr noch als strenge Schützer der Vertagsrechte. Unsere Verträge, sagten sie, enthalten klare, feste Ziffern in Markbeträgen. Ob Papier- oder Goldmark? — davon ist nichts geschrieben. Wir zahlen, ehrlich wie wir nun mal sind was geschrieben und „ablich“ ist — Papiermark!

Nehmen wir einige Beispiele aus den amtlichen Denkmälern der Preussischen Regierung. Es waren verpachtet:

Domäne	Umfang	Gesamtpacht pro Hekta
Gumbinnen (Ostpr.)	964 Hektar (3836 Morgen)	25 601 Mk. 26,9
Löhne (Brandenburg)	935 „ (3740 „)	42 000 „ 44,9
Busberg Reghe, Frankfurt a. O.)	755 „ (3020 „)	9 650 „ 12,7
Nichtenburg Reg. Bez. Magdeburg)	381 „ (1424 „)	86 000 „ 25,2
Fretenwalde (Pommern)	577 „ (2308 „)	6 862 „ 12,—

Diese Liste könnte um Dutzende Beispiele verlängert werden. Sie zeigt, was bewiesen werden soll:

Die Domänen wurden zu wahren Schlundgräben hingeworfen. Nach dem damals (Oktober 1922) geltenden Mietpreisen genügt für die Domäne Gumbinnen 1/4 Zentner Weizenmehl für die Domäne Löhne 2 Zentner, Busberg ein halber Zentner und für Fretenwalde gar reichen 35 Bind Wehl (!) hin zur Zahlung des Pachtzinses. 7782 Hektar Domänenland, das im Jahre 1922 neu verpachtet wurde — also 3128 Morgen waren nach einer 1922 dem Landtage vorgelegten Drucksache für 1819349 Papiermark, das heißt günstigenfalls 15 Tonnen Getreide, verpachtet. Das Geschäft brachte den Pächtern noch was ein. — Zu diesem ungeheuerlichen Standal ist außerdem festzuhalten, daß im gleichen Maße wie die Ausraubung des Staatsadels sich vollzog, die

### Inhabergelichen Untersächter angesetzt

wurden. Von diesen armen Teufeln erpressen die Domänenpächter werbeähnliche, feste Naturalpachten.

Mit zunehmender Inflation ergaben sich immer tollere Zustände auf dem Gebiete der Domänenpachtspolitik. Die kommunistische Landtagsfraktion verurteilte unermüdlich die schändlichen Akte der gegen die schändlichen Domänen-Sauwirtschaft der Regierung. Schändlich hielten sich die bürgerlichen Parteien, von der Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratischen Partei, vor die Regierung und deren Sanktionen die Pächter. Immer wieder verlangte die kommunistische Fraktion: Auflösung der Domänenpachtverträge, Selbstbewirtschaftung der Domänen durch den Staat. Unter dem wüsten Befehlswort der bürgerlichen Parlamentsmühle — Zentraler und Demokraten, die in ihnen, linksrepublikanischer Bundesgenossen der SPD, immer am lautesten — erklärten die Deutschnationalen: Selbstbewirtschaftung ist Sozialismus, der Anfang eines schlimmen Endes! Weg damit! Da die Sozialdemokraten mit sie lazen, vernünftigerweise gegen ein „...“ und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern in die kapitalistische Korruption sind, so leuchten sie gleichfalls die „unverständigen Anträge“ der Kommunisten reaktionär ab.

(Zu-setzung folgt.)



# Gewerkschaft.

## Zum Tode Samuel Gompers.

Samuel Gompers ist kein Mensch ohne Bedeutung gewesen, er hat seine ganze Kraft dazwischen gelegt, der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung seinen Stempel aufzudrücken. Und was er sich einmal vorgenommen, das suchte er auch durchzuführen mit der jähren Beharrlichkeit, die seine ungarische Abstammung ihm als Erbgut mit nach Amerika gegeben hatte. Dabei liebte Gompers keine Winkelzüge, er war ganz gradlinig, er sagte immer offen, was er wollte. Wer Gompers einmal kennengelernt hatte, der wußte, woran er mit ihm war. Die deutschen Sozialdemokraten beklagten erst diese Gradheit, Schroffheit und Starrnädigkeit von Samuel Gompers. Die Geschmeidigkeit eines Dittmann oder Scheidemann war ihm gänzlich fremd. Karl Kautsky hat den Gompers einmal gründlich auseinandergesprochen und ihn dargestellt als das größte, reaktionäre Scheusal. Er lagte Gompers der Mitgliedschaft in der Cioisfederacion an, eine Art Vorstufe der Arbeitersgewerkschaft. Konnte es einen schlimmeren Schimpf für einen Gewerkschaftsführer der Vorkriegszeit geben?

In Deutschland war eigentlich nur einer, der Gompers verstand und der ihn zu schätzen wußte — Karl Legien. Dieser brach für Gompers eine Lanze gegen Kautsky. Ja! Karl Legien war ein Charakter, der dem Gompers ähnlich war, darum verstand er diesen. Wo gibt es aber heute einen Karl Legien in den deutschen Gewerkschaften? Wer hätte von den gegenwärtigen Erben des ADGB den Mut, immer herauszusagen, was er für wichtig und notwendig hält? Karl Legien war keine Windfahne und Gompers war es auch nicht. Betrachtet das wohl und ihr werdet auch verstehen, warum der „Vorwärts“ und der ADGB keinen rechten Nachruf für Samuel Gompers schreiben können.

Nun kann ich aber, trotzdem ich nur Gutes über den Toten schreiben wollte, nicht umhin, einige Tatsachen anzuführen, aus denen ersichtlich wird, daß Gompers keineswegs ein Mitglied der 3. Internationale oder auch nur ein mit den Kommunisten sympathisierender Mensch war. Gompers hat den Kommunismus fest bis zu seinem letzten Atemzug auf das erbitterteste bekämpft. Man entsinne sich auch noch gut seines kaum vier Wochen alten Mahnrufes an das amerikanische Volk und an den Präsidenten der USA., unter keinen Umständen mit Sowjetrußland in Beziehungen zu treten. Rußland und der Kommunismus sind bei Gompers Synonyme für Hölle und Teufel. Gompers war auch kein Pazifist, das ist bekannt aus seiner Stellungnahme während des Weltkrieges, und insbesondere war er kein Freund der Deutschen. Diese hatte er fast ebenso wie die Russen. Das kam von den U-Booten, die im Kriege den amerikanischen Handel störten. Auch für die internationale Verbindung schäme sich Gompers nicht, ihm war auch noch die Amsterdamer Internationale zu anrühlich, denn Gompers war ein hundertprozentiger Amerikaner, trotz seiner ungarischen Abstammung.

Der ADGB hat noch vor wenigen Tagen einen Hiffen an Gompers ergehen lassen, er solle doch ein Nachwort sprechen, damit die verdammt Einheit der Gewerkschaften nicht zuhause komme, an der der Teufel Tomsky und der Verräter Purcell hängen. Der Hiffen kam zu spät. Samuel Gompers ist nicht mehr. Und nun vergeht mit alle Sünden, die ich gegen ihn begangen habe, ich bereue sie, denn durch sein Dahingehen im gegenwärtigen Augenblick hat Gompers der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt den besten Dienst erwiesen. Die Hoffnung aller Feinde der Einheit ist dahin, Samuel kann ihnen nicht mehr helfen. Dafür danken wir ihm vom Herzen und wünschen ihm ewige Ruhe!

## Eine große Gefahr für die Land- und Industriearbeiterschaft!

Verschiedene gleichlautende Mitteilungen aus dem Gau Halle schildern folgenden Vorgang: Die Gutsbesitzer bezw. ihre Inspektoren rufen die Arbeiter zusammen, fragen sie: Wer will weiterhin den Abzug vom Lohn für Erwerbslosenbeiträge tragen? Mit demjenigen, der den Abzug nicht mehr tragen will, schließen wir einen Arbeitsvertrag auf ein Jahr.

Es ist leicht erklärlich, daß Landarbeiter meist auf diesen Erld herabfallen. Erstens ist der Lohn der Landarbeiter so gering, daß die Erwerbslosenbeiträge für sie wirklich eine Last sind. Sie können die in Abzug gedachten Beträge sehr notwendig zum Unterhalt ihrer Familie gebrauchen. Zweitens fürchten sie, auf die Straße zu fliegen, wenn sie dem Verlangen der Gutsbesitzer nicht entsprechen und wenn sie die Arbeitsverträge nicht unterschreiben. Aus diesen Gründen hat a. A. auch die Arbeiterschaft des Rittergutes Volkstedt dem obigen zugestimmt. Allerdings war hier der Betriebsrat weilsichtig und hat sofort Einspruch dagegen erhoben.

Was wollen die Gutsbesitzer durch obiges erreichen? Sie wollen erstens Unterlagen schaffen, um nachzuweisen zu können, daß die Arbeiter selbst gegen die Erwerbslosenunterstützung sind. Auf Grund dessen soll die Erwerbslosenunterstützung zu Fall gebracht werden. Die Gutsbesitzer zahlen zwei Drittel der Erwerbslosenbeiträge, die damit für sie in Wegfall kommen würden. Das wichtigere für sie aber ist zweitens, daß sie die Landarbeiterschaft in vollkommene mittelalterliche Leibeigenschaft bringen.

Jeder Landarbeiter und vor allem ein Verheirateter wird es sich noch mehr als bisher überlegen, ehe er sich der Gefahr der Arbeitslosigkeit aussetzt, wenn nicht einmal mehr die geringe Erwerbslosenunterstützung bezahlt wird. Er muß also geduldig sein, muß selbst bei den schlechten Löhnen arbeiten. Ein Bruch des eingegangenen Arbeitsvertrages bedeutet für ihn Arbeitslosigkeit, Herabwurf aus der Wohnung, Verrecken im Straßengraben mitamt seiner Familie ohne jede Hilfe. Nicht nur für die Zeit des laufenden Arbeitsvertrages, sondern wie immer wieder er auf die Gnade des Gutsbesitzers angewiesen sein und muß sich zürken geben mit jedem Hundelohn, mit jeder Verlängerung der Arbeitszeit, denn bei jedem Aufhören droht ihm schlimmes Arbeitslosenseid.

Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch kommt er in größte Abhängigkeit vom Gutsbesitzer. Er ist ihm so auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Macht er sich durch seine politische Betätigung beim Gutsbesitzer unlieb, dann findet sich gleich ein Grund, um ihn auf die Straße zu legen. Insbesondere den Gutsbesitzern wird jede Zätigkeit im Interesse der Arbeiter damit unterbunden. Das Wahlrecht wird zu einer Farce.

Das Vorgehen des Gutsbesitzers wird gleichzeitig zu einer Gefahr für das Industrieproletariat. Anstatt daß das Landproletariat aus der Seite der Industriearbeiterschaft gegen die Kapitalisten kämpft, führen die Gutsbesitzer die Landarbeiterschaft auf obigem Wege zum Kampf gegen die Industriearbeiterschaft. Denn nicht nur für die Landarbeiter sondern auch für die Industriearbeiter soll die Erwerbslosenunterstützung beseitigt werden. Das ist ein Stück Landarbeiter-Verkauf.

Kein Wunder, daß die sozialdemokratischen GDB-Führer stillschweigend über die Sache hinweggehen. Sie sind für den Dawesplan. Sie müssen darum auch jeden Schlag der Unternehm-

ern die Arbeiter unterstehen. Es läßt sie auch nicht, daß mit obigem nichts die gewerkschaftliche Organisierung des Landproletariats unterbunden wird.

Das Land- und Industrieproletariat muß in einiger Front die GDB parieren. Die Abzüge für die Erwerbslosenbeiträge vom Arbeitslohn sollen in Wegfall kommen. Dafür aber müssen die mehr die Unternehmern betragenden Kosten auf ihre Kosten müssen die Erwerbslosenunterstützungen erhöht werden. Alle Erwerbslosen müssen mit den in den Betrieben stehenden Arbeitern und Angestellten faste empfinden. Nur durch gemeinsamen Kampf aller Arbeiter können die Pläne der Unternehmer zunichte gemacht werden.

## Gewerkschaftsfretäre als Beunruhigter.

Bei der Firma Schmidt in Zabrze sind Arbeiter beschäftigt. Einige dieser Arbeiter sind Klassenbewußt. Ohne jeglichen Grund kann man diese Leute nicht entlassen, also sucht man nach Mitteln, um diese Entlassung zu rechtfertigen. Zu dieser Hochplazarbeit findet sich selbstverständlich schon das notwendige Individuum und die Sache wird gezogen. Der Schigel tritt an einige der Leute heran und verleitet sie dazu ein paar Pfennige zusammenzuliegen, um sich ne Flasche Sule zu leisten. Die Flasche wird geholt. Das Resultat bleibt nicht aus. Hinterherum wird der Vorfall dem Arbeitgeber gemeldet und der Grund zur Entlassung an die unliebsamen Elemente ist da. Drei Mann fliegen auf die Straße, darunter zwei Familienväter, der Zimmermann K. mit 6 Kindern und ein anderer mit 3 Kindern.

Zimmermann K. ist gewerkschaftlich organisiert und begibt sich nun zu seinen Gewerkschaftsführern, um da seine Beschwerde anzubringen. Gewerkschaftsfretär Koslosch fährt nun nach Hindenburg, um sich der Angelegenheit anzunehmen. Im Hindenburg Gewerkschaftshaus trifft er mit den Bonzen Pascheka und Rarger zusammen. Sofort ist auch der Schachplan ausgeheckt und entworfen. Pascheka und Rarger wissen allenfalls, daß der Zimmermann K. kein Reformist, sondern ein Revolutionär ist. Mit allen Mitteln bearbeiten sie nun Koslosch, seine Finger von der Angelegenheit der Interzessenvertreter eines Arbeiters hinwegzulassen und Rarger als Oberbonz. Schreibt soweit, wie es uns unser Gewerksmann berichtet, zu folgender Zeit:

Rarger telephoniert die Firma Schmidt an und teilt demselben mit, sie solle den Zimmermann K. nicht mehr einstellen, weil K. angeblich während der Wahl sozialdemokratische Plakate heruntergerissen haben soll.

Arbeiter Oberstiens! So sieht das wahre Gesicht dieser Verräter aus. Anstatt sich als Gewerkschaftsführer für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen, denunziert diese Bande ihre eigene Mitgliedschaft und fordert den Unternehmer auf, solche Leute nicht einzustellen. Rarger und Pascheka, diese vollgepflegten Schwänze, sie wissen nicht, wie es dem arbeitenden Proleten geht, sie fliehen und fressen aus der Futtertruppe des Unternehmertums und müssen demnach auch den Unternehmern ihre Dienste leisten. Brutal sehen sie sich über alles hinweg und stützen eigene Gewerkschaftsmittelglieder ins Anglied. Das ist das wahre Gesicht der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokraten.

Im Auftrage aller Landarbeitenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fordern wir sofortige Antwort von Pascheka und Rarger, warum diese Verräterei begangen wurde. Wir fordern die beiden auf sich der Arbeiterschaft zur Verantwortung zu stellen und Rechenschaft abzulegen über diesen Verrat.

Herrn Rarger und seinem Gehilfen Pascheka wird hiermit das Wort erteilt.

## Breslau

### Weihnahme der GDB.

In der letzten Breslauer Stadtverordneten-Sitzung wurde der Antrag des Magistrats auf Umwandlung des Rathhauses in einen Weinstock von den Sozialdemokraten und Bürgerlichen in den Ausschuss überlesen. Nur die Kommunisten stimmten dagegen und beantragten die Einsetzung einer Kommission im Rathhaus. Die Kommission macht sich über diesen Antrag lustig. Dieses Weidicht ist die Antwort eines Erwerbslosen.

Auf Genossen, laßt uns schlennen in des Rathhaus Kellers tiefem Schachtl Ratsweinstöcker werden wir ihn nennen — unsere Fraktion hat es vollbracht. Wenn in den Kellen perlt der Sekt, Mache die krummen, biden Glieder recht, da denken wir mit freudschölllichem Sinn: Die Hauptsache ist, Proleten kommen hier nicht ein.

Wenn nach des Maulwerks großem Gerausche die Schritte man nach Hause lenkt, tief unten dort gibt's noch ein groß Gefausse, Bild, diverse Weine werden eingeschont. Da steigt der „edle“ Dars hinunter, frist und besaufst sich froh und munter. Die Hauptsache bei der Beschäft: Hier unten gibt's Proleten nicht.

Der Arbeitsmann mit Frau und Kindern hungert, obwohl die Lumaaktie höher steigt. Das Braubaus ist kein Kuchtopf, denkt Herr Ruffert, wenn das Gewerkschaftshaus nicht mehr gedeiht, dann ziehen wir in den Rathhaus Keller, verkaufen der Proleten letzten Heller und denken so in unserm Sinn: Die Hauptsache ist, Proleten kommen hier nicht ein.

Die Arbeitslosen wollen Kohle, Geld auf Kartoffeln, Bohnen, Reis, Brost, Genossen, wir trinken eins der Republik zum Wohl! Herr Ober, Fenster auf, uns rinnt zu sehr der Schweiß! Seit her, eine ganze Stunde, damit's dem ganzen Volke wird zur Kunde: Hier unten fliegen nur Halunken und Piraten und nennen stolz sich — Sozialdemokraten!

## Die Versammlung der Erwerbslosen.

Die Art und Weise, wie der Magistrat und auch die Stadtverordnetenversammlung die sehr berechtigten Wünsche der Erwerbslosen behandelte, d. h. nicht beachtete, nötigte die Arbeitlosen in einer Protestversammlung dazu Stellung zu nehmen. Der Saal der Gewerkschaften war von ca. 3000 der ausgehungerten und in Lumpen gekleideten Proletariaten besetzt, die ihre Empörung oftmals sehr drastisch zum Ausdruck brachten.

Der Erwerbslosenrat Malinka referierte und schilderte den Anwesenden den ganzen Werdegang der Verhandlungen des Erwerbslosenrates um die geforderten Winter-Weihnachtsbeihilfen durchzuführen. Vom Magistrat seien sie immer wieder abgewiesen worden. Erst durch den Antrag der kommunistischen Stadtverordneten ist die Sache etwas ins Rollen gekommen. Aber alles wurde auch nicht bewilligt. Vor allem erhalten die Notstandsarbeiter keine Vergünstigungen. Sie stehen darum schlechter da als die Erwerbslosen selbst. In der Diskussion kam so recht die Erbitterung über das Hinsiausziehen und Beschneiden der Vergünstigungen zur Sprache. Ein Arbeiter sagte, die Herren vom Magistrat sollten erst einmal selbst den Hunger kennen lernen, zu uns in die Kellerlöcher kommen, dann werden sie sicher Verständnis für die Lage der Arbeitslosen erhalten. Ein Redner schloß mit einem

geradezu himmelschreienden Vorfall, indem einem Arbeiter die Bedürftigkeit aberkannt wurde, weil seine Mutter noch eine unvollständige Pension bezöge. Diese Pension betrug monatlich 9,45 Mk., davon gehen 7 Mk. für Miete ab, so daß noch für Mutter und erwachsenen Sohn 2,45 Mk. monatlich übrigbleibe. Das nennt der Magistrat als b m m l i c h e U n t e r s t ü t z u n g .

Ein Antrag, durch eine Demonstration den Forderungen größeren Druck zu gewähren, wurde mit ungeheurer Beifall einstimmig angenommen. Der Erwerbslose Kuber fand mit seinem Antrag, sich erst auf dem Markt zu sammeln, aber dorthin einzeln hinzugehen, erfreulicherweise keine Unterstützung. Bevor zu der Demonstration angetreten wurde, nahm man noch einstimmig vier Resolutionen an.

1. Forberie man Anstellung von Hilfskräften bei der Erwerbslosenfürsorge, um eine schnellere Abfertigung zu erreichen.
2. Daß die Weihnachtsbeihilfe an alle ohne Gesuche ausgezahlt werde.
3. Daß die Regierung die dreiwöchentliche Pflichtversicherung abhebt.
4. Schärfster Protest gegen die Kürzung und Verschleppung der Weihnachtsbeihilfen. Alle Notstandsarbeiter aller Wahrscheinlichkeitsberechtigten, alle Armen sollen ebenfalls die Weihnachtsbeihilfe erhalten. Kein Mittel soll unversucht bleiben, um das zu erreichen. Dann formierte sich alles zum Zug. Siehe Bericht 1. Seite.

## Die Breslauer Stadtverordneten-Sitzung.

### Redegebungen.

#### Die Demonstrationsforderungen der Erwerbslosen bewilligt.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung stand ganz unter dem Eindruck der Erwerbslosendemonstration. Keiner der Bürgerlichen wagte offen gegen die kommunistischen Forderungen aufzutreten, die dann von den Kommunisten und Sozialdemokraten bei Stimmhaltung der Bürgerlichen angenommen wurden. Zunächst wird der Magistratsantrag begründet den Zinsfuß bei dem städtischen Pfandleihamt herabzusetzen. Genossin Rupte fordert, daß das städtische Leihamt als städtische Wohlfahrtsanstalt eingerichtet überhaubt keine Zinsen von den Termisten der Armen, die durch bittere Not gedrängt, ihre letzten Sachen ins Leihamt tragen, nehmen darf. Dieser Antrag wurde von der bürgerlichen-sozialdemokratischen Einheitsfront abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen. Es zeigte sich hier, daß die Armen gegen den Zinswucher die Büchsen, ebenfalls gegen den Antrag Rupte stimmten. Der Magistratsantrag über Ueberlassung der Schulräume an Jugendorganisationen, wird ohne Diskussion angenommen. Bei der Vorlage Schaffung neuer Stellen im Abschnitt B der Befoldungsordnung entpinn sich eine Debatte über die Ueberführung der Straßenhahner in das Angestelltenverhältnis. Alle Parteien sprechen dafür, doch wagt Genosse Kohnstrod die Straßenhahner, sich von dem Angestelltenverhältnis den Himmel auf Erden zu versprechen. Es sei als fast sicher anzunehmen, daß dann die Arbeitszeit verlängert werde. Wenn dagegen der Aftundtag wieder eingeführt wird, so würden auch die Kommunisten für das Angestelltenverhältnis stimmen. Dann fordert Genosse Kohnstrod Aufklärung über die Kohlenlieferungen im Gaswerk Bürab. Der Magistrat selbst konnte in seiner Antwort die dort vorgefallenen ungläublichen Siedungen nicht leugnen führte jedoch als Milderungsgrund an,

daß nur 11 Waggons Kohle beschoben wurden.

Die Dringlichkeitsanträge der Sozialdemokraten, was der Magistrat gegen die neue Verordnung über die Bewirtschaftung möblierter Zimmer, die eine drohende ungeheure Verwahrung der Wohnung mit sich bringen wird, zu tun gedent, wurde zur Beratung nicht mehr zugelassen. Der sozialdemokratische Antrag, daß der Magistrat beim Reichsarbeitsministerium darauf hinarbeiten soll, daß an Stelle der bisher 70prozentigen Bezüge der Notstandsarbeiter die vollen Tarife gezahlt werden, wird ergänzt durch einen Zusatzantrag der Kommunisten, welcher vom Magistrat die in unserer gestrigen Nummer veröffentlichten Forderungen der Notstandsarbeiter und Erwerbslosen beantragt. Die Notstandsarbeiter verlangen ebenfalls für sich die Wirtschafts- und Weihnachtsbeihilfen, die den Erwerbslosen gegeben werden. Außerdem fordern sie, daß die Weihnachtsbeihilfe an alle Unterstützungsberechtigten und bedürftigen Armen ohne Gesuche gegeben werden. Genosse Moser begründet sehr eingehend den Antrag und wurde dabei von der Genossin Rupte unterstützt, die dem Magistrat großen Bürokratismus vorwirft. Wenn Bürokratismus sei es, wenn 3000 Anträge der Notstandsarbeiter 8 Tage vor Weihnachten auf Bedürftigkeit geprüft werden sollen. Sie erinnerte die Sozialdemokraten daran, daß sie beim Magistrat schon haben, den Notstandsarbeitern den vollen Tariflohn zu gewähren. Darum sei ihre heutige Forderung eine e l e n d e D e m a n d . Der Stadtrat Drescher verteidigte die Auffassung des Magistrats und verhöhte dabei, daß die Erwerbslosen, was eine ungeheure Erbitterung auf den Tribünen auslöste. Unter Beifall der Zuhörer und andauerndem Klappen des Vorhanges wies Genosse Moser sehr scharf das Oerebe Dreschers zurück. Der Antrag der Kommunisten wurde dann angenommen und ebenfalls der Antrag der Sozialdemokraten, der allerdings dem Magistrat nichts kostet.

## Wo bleibt die Gasverbilligung?

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung hat der Magistrat geantwortet, daß er den Beschluß des Stadtparlaments, den Gaspreis auf 18 Pfennige zu verbilligen, nicht durchführen kann. Die GDB., die sehr weit das Maul aufreißt und dem Magistrat alles mögliche androhie, wenn er diesen Beschluß nicht anerkennt, hat sich mit der Entscheidung des Magistrats zufrieden gegeben. Sie gesteht damit ein, daß sie gar nicht ernstlich die Interessen der Werttätigen vertreten will. An diesem Beispiel können es die Arbeiter erkennen. Nur die Kommunisten sind es, die wirklich die Interessen der Werttätigen vertreten.

### Beitrag Schupos.

Ein Arbeiter schreibt uns: Am vergangenen Montag, abends gegen 12 Uhr, besuchte ein Betrunkener, an der Univeritätsbrücke in das Wasser zu springen. Passanten hielten ihn fest. Ein hingunommener Schupos forderte vier Leute auf, ihm zu helfen, den Betrunkener auf die Wache zu bringen. Dieser wehrte sich, worauf der Schupowachmeister mit der Faust andauernd in das Gesicht des Mannes schlug. Die Beschwerden der Passanten wurden nicht. Passanten und Arbeiter gingen mit bis zur Wache. Ein Mann, der sich als Zeuge für die Mißhandlung meldete, wurde in der Wache alles abgestritten und außerdem in der übelsten Weise beschimpft.

Achtung, Jugendgenossen! Sonnabend, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, Treffpunkt aller Jugendzellenleiter in der Schule Mittwittenhof. Amends 8 Uhr, Schule Minoritenhof, Treffpunkt aller Jugendmitglieder und Gäste zum Weihnachtsfest.



Schweidnitz. Große Freude... Die die die S.W.D. kommt aus ihrem... Die es merkt man den angebotenen S.W.D....

Weihnachten. Nicht vor der Tür. Die Arbeiter... werden ein frohes Weihnachten haben... Arbeiter hinter Kerkermauern...

Die Schlichter der deutschen Republik... Ein Abbringer vom fahrenden Zug... Auch eine Immunität. Ein tschechischer Abgeordneter...

Theater. Freitag, 14. 12. 1924. Stadttheater. 'Carmina'. Roberttheater. 'Winterschatz'.

Berichtungsständer. Achtung! Mitglieder der Ortsleitung Breslau... Samstag, den 13. d. M., abends 7,30 Uhr, Sitzung...

Welches Gutachten gibt der Arbeiter, um den Staatskarren aus dem kapitalistischen Sumpf zu ziehen?

Arbeits-Bekleidung. Bettvorleger spottbillig wegen Aufgabe des Geschäfts Brüderstr. 53.

Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder. Breslau I, Albrechtstraße 56. empfiehlt für den Festbedarf...

Schauspielhaus. Operettenbühne. Tel. Ring 2526. Täglich 8 Uhr.

Zum Anfertigen von Kleidern, Blusen, Wäsche. empfiehlt sich Elfriede Müller, Dirigstrasse 47.

Lest das Arbeitergutachten! Preis 10 Pfg. Buchhandlung der Schlesischen Verlagsgesellschaft.

Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf. Nach den §§ 19-23 des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt...

Kakaopulver / Empfehle meine in allen Volksschichten mit größtem Erfolg unter der Marke 'SCHÖNFELDER' eingeführten Spezialitäten.

Lieblich Theater. Täglich 8 Uhr. Paul Beckers und das große Weihnachtsprogramm.

Herren-Garderobe. fertigt preiswert an Radlewski, Oderstrasse Nr. 14, III.

Genossen! Ihr könnt keine Fellenarbeit leisten, wenn ihr nicht die Internationale der Parteiarbeiter lest.

Amtl. Bekanntmachungen von Gottesberg. Die Auszahlung einer einmaligen Spende an Kriegerveteranen...

Backartikel. Kaiser-Auszugmehl in 5 Pfd. Beuteln p. Btl. Mk. 1,35. Rosinen, große, helle Ware p. Pfd. M. -70 u. M. -90.

Großer Weihnachts-Verkauf. Sie kaufen bei mir aus erster Hand, da ich selbst meine Herren-Garderobe anfertigen lasse. Bekleidungshaus Eugen Hamburger.

Internationale der Parteiarbeiter. Bestellt sie sofort bei Euren Literaturabwamern oder in der Buchhandlung der Schlei. Verlags-Gesellschaft. Breslau, Trebnitzer-Strasse 50.

Corned Beef. ist in der letzten Zeit enorm im Preise gestiegen. ich gebe aber, solange Vorrat reicht, vermöge meiner großen Anschüsse, noch wie folgt ab: die 6 Pfd.-Dose (engl. Gewicht) Mk. 3,40.

Der Knüppel wieder freigegeben. Lest diese satirische Arbeiterzeitung und sorgt dafür, daß diese feuchte Waffe des künzlerischen Proletariats überall in die Hände der Arbeiter kommt. Schlesischen Verlagsgesellschaft.

Amtliche Bekanntmachungen von Weichstein. Diejenigen Bedürftigen, die Vorkaufspreise benötigen, müssen sich - bevor sie zu einer privaten Bedarfsorganisation gehen - erst im Wohlfahrtsamt der Gemeinde (Amtsgebäude Zimmer Nr. 9) einen Ausweis holen.

Wurstwaren. Holsteiner Dauerwurst per Pfd. Mk. 1,70. Zervelatwurst im Fettdarm 2,80. Preßwurst, beste Qualität 1,60.